



(Foto: Michael Zanghellini)

Bischof von Chur und Erzbischof von Vaduz ernennen. Ein eigenes Bistum für zehn Pfarreien zu erhalten, ist sicherlich unverhältnismässig. In diesem Sinne wäre das eine elegante Lösung: Wir wären wieder Teil des Bistums Chur und weltkirchlich wieder besser vernetzt; gleichzeitig würde jenen Genüge getan, die ein eigenes Bistum für das Staatsgebiet Liechtensteins wünschen.

Bei der erwähnten Debatte verteidigten die anwesenden Vorsteher genauso wie der Regierungschef die vorliegende Lösung zur Entflechtung. Der Schaaner Vorsteher Daniel Hilti plädierte für einen «grossen Schritt vorwärts», der die Grundlage dafür liefern könne, noch ausstehende Fragen erst in einigen Jahren zu lösen. Was entgegenen Sie diesem Argument?

Ich kann den grossen Schritt nach vorn schlicht nicht erkennen. Ausser einigen wenigen Politikern ist mir im ganzen Land niemand begegnet, der sachlich begründen kann, warum das Konkordat ein Fortschritt sein soll - ausser in diesem Fall der Schaaner Vorsteher, der selbst in der Verhandlungsdelegation vertreten war ...

... und der wohl kaum eine Lösung vertreten würde, wenn er nicht davon überzeugt wäre, dass Schaan und andere Gemeinden davon profitieren würden?

Ich würde aber entgegenhalten, dass es nach einer Neuregelung zumindest weniger Konflikte geben sollte

als vorher - ich bin aber sicher, dass es mit diesem Konkordat mehr sein werden als heute. Wer ist die Pfarrei, wer entscheidet, wie sind die Gläubigen einbezogen? Diese Fragen hat Daniel Hilti nicht beantwortet, da sind Konflikte vorprogrammiert. Wer befindet in Zukunft konkret über die Nutzung, Gestaltung und Finanzierung von Pfarrhäusern und Kirchenräumen? Diese Fragen werden einfach ausgeklammert. Aus den Erfahrungen in Schellenberg sowie mit Kapellen in Vaduz und Balzers wissen wir aber, dass solche gestalterischen Fragen zu schwerwiegenden Konflikten führen können. Einfach festzuhalten, dass die katholische Kirche dafür zuständig ist, wirft mehr Fragen auf, als beantwortet werden. Deshalb kann ich das Konkordat nicht als Lösung sehen. In Teilbereichen mögen Konflikte gelöst werden, dafür werden aber zahlreiche neue geschaffen.

Von manchen Konservativen wird immer wieder kritisiert, die Ent-

«Ich glaube, dass das Konkordat inhaltlich nicht vermittelbar ist.»

flechtung von Staat und Kirche sei unnötig - schliesslich sei Liechtenstein aus Tradition katholisch, und der überwiegende Teil der Bevölkerung sei immer noch katholisch. Was sagen Sie als Katholik dazu?

Im richtig verstandenen Sinn bin ich selbst ein konservativer Katholik, und ich war selbst nie ein Befürworter einer strikten Trennung von Kirche und Staat, wie wir sie etwa in Frankreich finden. Sicher ist aber, dass die Religionsfinanzierung eine neue Grundlage braucht. Auch Kon-

servative müssen so weit in der Moderne angekommen sein, dass sie verstehen, dass katholische Kleriker und kirchliche Arbeit nicht länger aus dem allgemeinen Steuertopf des Staates finanziert werden dürfen. Schliesslich zahlen auch Konfessionslose, Muslime und Buddhisten Steuern.

Auch die staatliche Anerkennung der Religionsgemeinschaften muss geändert werden. Es kann nicht mehr angehen, dass die katholische Kirche als Landeskirche privilegiert wird, während man andere Glaubensgemeinschaften höchstens als Vereine walten lässt. Vor allem unsere evangelischen Kirchen müssen rasch staatlich anerkannt werden. Ich kann auch gar nicht verstehen, warum manche so viel Wert auf den Titel der Landeskirche legen; im Grunde genommen müssten doch gerade die Konservativen so selbstbewusst sein, dass sie sich nicht vom säkularen Staat sagen lassen, wer oder was die Kirche ist. Sie sollten es doch der Kirche selbst zutrauen, über ihr Selbstverständnis zu befinden.

Unverständlich ist mir, wie gewisse Diskussionsteilnehmer die Beibehaltung des Status als Landeskirche fordern und gleichzeitig dem Konkordat das Wort reden. Sie haben nicht begriffen, dass das Konkordat bereits vom Ende des Landeskirchentums ausgeht. Noch paradoxer ist es, wenn Politiker von einer Trennung

von Kirche und Staat sprechen und gleichzeitig für das Konkordat sind:

«Die temporale Kopplung der Elemente Verfassung, Gesetz und Konkordat ist problematisch.»

unserer Geschichte jemals der Fall gewesen ist.

Die Angst, dass bei einer Entflechtung in der vorliegenden Form alle Mitspracherechte der Gläubigen verloren gehen, wurde mit dem Argument abgetan, dass diese Rechte schon heute faktisch nicht vorhanden sind. Stimmt das?

Das trifft ein Stück weit einen wunden Punkt. Wir hätten staatskirchliche Gremien, die öffentlich aber zu wenig bekannt sind - ein Beispiel sind die dreiköpfigen Kirchenräte in den Gemeinden. Die sind sinnvoll und funktionie-

ren auch. Ein weiteres Beispiel ist die Pfarreistiftung in Balzers, die eine kluge Institution ist. Das Bewusstsein, dass die 80 Prozent Katholiken im Land gemeinsam die Kirche bilden, ist aber leider zu wenig verankert und wird auch nicht gefördert. Es gab auch keinerlei Widerstand dagegen, dass der Landtag die Kirchenräte in den Gemeinden ohne Debatte abgeschafft hat. Vielmehr ist die Ansicht weit verbreitet, dass der Bischof und die Priester die Kirche bilden. Diese Sicht der Dinge ist verhänglich, aber falsch. Die Kirche ist das pilgernde Volk Gottes, und sie wird gebildet von allen, die getauft sind.

Abschliessend: Mit dem Paket aus Verfassungsänderung, Religionsgesetz und Konkordat liegt eine mögliche Lösung zur Entflechtung von Staat und Kirche auf dem Tisch. Befürchten Sie nicht, dass mit einer Ablehnung des Konkordats durch den Landtag oder durch das Volk die gesamte Vorlage Geschichte ist und dass das Thema Entflechtung für die nächsten zehn Jahre vom Tisch ist?

Ich glaube, dass das Konkordat inhaltlich nicht vermittelbar ist. Neben den Fraktionen von DU und FL haben sich auch einzelne FBP- und VU-Abgeordnete klar dagegen ausgesprochen, weil sie schlichtweg den Text gelesen haben. Sie sind irritiert darüber, dass der Staat nur Pflichten und die Kirche nur Rechte hat. Somit habe ich das Gefühl, dass es nicht einmal ein Referendum braucht, weil das Konkordat schon im Parlament keine Chance haben wird. Gleichwohl sollte man die Entflechtung von Staat und Kirche nicht verschleppen. Problematisch ist die im letzten Moment eingeführte temporale Kopplung der drei Elemente Verfassung, Gesetz und Konkordat, die im Übrigen auch verfassungsrechtlich bedenklich ist. Aufgabe des Parlaments wäre es, diese Elemente wieder voneinander zu trennen und das Inkrafttreten von Verfassungsänderung und Religionsgesetz unabhängig vom Konkordat festzulegen.

Ein Nein zum Konkordat bedeutet aus Ihrer Sicht also nicht, dass die gesamte Vorlage vom Tisch ist?

Genau. Der Landtag sollte am Religionsgesetz festhalten und so unter anderem den evangelischen Kirchen die überfällige Anerkennung durch den Staat verschaffen. Und für die Detailprobleme mit der katholischen Kirche könnte man sich die nötige Zeit nehmen - denn auf der Grundlage des Religionsgesetzes könnte auch die katholische Kirche vorderhand gut weiterarbeiten. Demgegenüber wird von den Befürwortern oft suggeriert, dass ein Nein zum Konkordat das Aus für die gesamte Lösung bedeuten würde, das sehe ich aber überhaupt nicht so. Im Übrigen gilt: Eine freie Verkündigung des Evangeliums und eine heilsame Pastoral sind auch ganz ohne dieses Konkordat möglich - es kommt nur darauf an, dass wir damit beginnen.



Günther Boss sieht im Konkordat grosses Konfliktpotenzial. (Foto: Paul Trummer)